

OA-UPDATE SÜDOSTEUROPA

OA-Update 10 / 16. Dezember 2025



Mit dieser zehnten und letzten Ausgabe unseres Südosteuropa-Updates in diesem Jahr informieren wir Sie wieder über die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Region.

Wir berichten unter anderem über den Rücktritt der bulgarischen Regierung, aktuelle Entwicklungen im Zusammenhang

mit den US-Sanktionen gegen Lukoil, Rosneft und NIS sowie die Besuche des slowenischen Premierministers am 28. November und des kroatischen Premiers am 10. Dezember in Berlin.

In der Rubrik Konjunktur haben wir für Sie die Handelszahlen der ersten zehn Monate des Jahres 2025 zusammengefasst. In der Rubrik Veranstaltungsnachlese blicken wir unter anderem auf den Deutsch-Kroatischen Wirtschaftsdialog in Berlin sowie die Deutsch-Rumänisch-Moldauische-Wirtschaftskonferenz in Stuttgart zurück. Veranstaltungshinweise und Links zu interessanten Publikationen zur Region finden Sie in den jeweiligen Rubriken.

Mit dieser letzten Ausgabe des Jahres verabschiedet sich die Redaktion gleichzeitig in ein halbjähriges Update-Sabbatical. Wir wünschen Ihnen eine besinnliche Zeit und einen guten Start in das neue Jahr 2026.

Alle Rubriken dieser Ausgabe hier im Überblick:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Veranstaltungsrückblick**
- **Kommende Veranstaltungen**
- **Projekte**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Ergebnisse des Balkan Barometers 2025

Am 11. Dezember hat der Regional Cooperation Council die Ergebnisse des aktuellen Balkan Barometers in Brüssel vorgestellt. Die diesjährigen Ergebnisse zeigen einen deutlichen Anstieg des Optimismus hinsichtlich der EU-Integration, eine starke Unterstützung für die regionale Zusammenarbeit und klare Erwartungen an den wirtschaftlichen Fortschritt. Traditionell werden in zwei Umfragen die Meinungsbilder der Gesellschaft in der Wirtschaft im Besonderen abgefragt. Zur Pressemitteilung und den Links zu den Umfragen geht es [hier](#).

Außenminister Johann Wadephul unterwegs in den Ländern des Westlichen Balkans

Vom 16. bis zum 19. November besuchte Außenminister Wadephul die Länder des Westlichen Balkans. Die zentrale Botschaft seiner Reise: Deutschland unterstützt die EU-Erweiterung und damit die Länder bei der Umsetzung der ambitionierten und tiefgreifenden Reformen, die Voraussetzung für den Beitritt sind. Montenegro und Albanien gelten als Vorreiter im Beitrittsprozess. Wadephul betonte die Bedeutung von Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung und der Stärkung von Grundrechten. Die Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes zur Reise finden Sie [hier](#). European Western Balkans berichtet [hier](#).

Growth Plan Summit in Tirana

Die EU-Erweiterungskommissarin Marta Kos und die Staats- und Regierungschefs der Länder des Westlichen Balkans trafen sich am 21. November in Tirana, um die Fortschritte bei der Umsetzung der Reformagenda zu bewerten. Im Rahmen des Growth Plan for the Western Balkans stellt die EU insgesamt sechs Milliarden Euro zur Verfügung. Bis auf Bosnien und Herzegowina und Kosovo erhalten die Länder der Region Mittel aus diesem Topf, vorausgesetzt Reformen, die in den zuvor mit der EU abgestimmten Reformplänen hinterlegt sind, werden umgesetzt. Bisher wurden 414 Millionen Euro ausgezahlt, vor allem an Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien.

Mit deutlicher Verzögerung hatte Bosnien und Herzegowina die Reformagenda vorgelegt, die am 4. Dezember 2025 durch die EU-Kommission bestätigt wurde. Die Auszahlung der kann dann nach der Unterzeichnung und Ratifizierung der entsprechenden Vereinbarungen und der erfolgreichen Implementierung der Reformen erfolgen. Die der Meldung entsprechende Nachricht finden Sie auf der Webseite der EU-Kommission [hier](#). Die Reformagenda Kosovos ist bereits im Oktober 2024 bestätigt worden, allerdings steht die Ratifizierung der Fazilitäts- und Darlehensvereinbarungen noch aus. European Western Balkans berichtet [hier](#) über das Treffen in Tirana. Zur Meldung der EU-Kommission geht es [hier](#). Details zu den Reformagenden und Stand der Umsetzung finden Sie [hier](#) auf der Kommissionsseite zur Reform and Growth Facility for the Western Balkans.

US-Sanktionen gegen Lukoil und Rosneft

Wie Reuters am 11. Dezember [hier](#) berichtet, hat die Trump-Administration die Frist zu den Verhandlungen über den Verkauf der Beteiligungen von Lukoil bis zum 17. Januar 2026 verlängert. Die Sanktionen gegen beide Unternehmen waren am 22. Oktober in Kraft getreten.

Betroffen sind in der Region Südosteuropa insbesondere Rumänien und Bulgarien. Eine Analyse zu den Auswirkungen der Sanktionen gegen Lukoil und Rosneft für den globalen Ölmarkt und den jeweiligen Reaktionen in den Ländern finden Sie ebenfalls bei Reuters [hier](#).

Albanien

Albanien hat am 17. November sein letztes Themencluster in den EU-Beitrittsverhandlungen in Brüssel eröffnet. Dieses umfasst Landwirtschaft, Fischerei, Lebensmittelsicherheit sowie Kohäsionspolitik. Premierminister Edi Rama hatte bereits im Mai verkündet, dass er weiterhin an dem Ziel des EU-Beitritts bis 2030 festhält. Albanien begann die Gespräche 2022 gemeinsam mit Nordmazedonien, doch aufgrund politischer Blockaden des Beitrittsprozesses gegen Nordmazedonien wurde der Prozess für Albanien entkoppelt. Laut EU-Fortschrittsberichten gilt Albanien inzwischen als Favorit für einen schnellen Abschluss der Beitrittsverhandlungen. BalkanInsight berichtet [hier](#) und European Western Balkans [hier](#).

Bosnien und Herzegowina

Am 27. November fanden in der Republika Srpska vorgezogene Präsidentschaftswahlen statt. Sinisa Karan, Kandidat der regierenden SNSD-Partei, ging mit knapp 51 Prozent der Stimmen als Sieger hervor. Sein Herausforderer Branko Blanus (SDS) erhielt 48 Prozent. Die nächste reguläre Wahl findet im Oktober 2026 statt. Die Tagesschau berichtet [hier](#).

Bulgarien

Am 11. Dezember ist die bulgarische Regierung unerwartet zurückgetreten, nachdem es seit dem 26. November zu landesweiten Protesten gekommen ist. Auslöser war der von der Regierung am 14. November vorgestellte Haushaltsentwurf für das Jahr 2026, der Steuererhöhungen für den Privatsektor vorsah, um Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst zu finanzieren. Auch nach Vorlage eines überarbeiteten Entwurfes ebten die Proteste nicht ab. Der Rücktritt der Regierung erfolgt kurz vor einem geplanten Misstrauensvotum und vor dem Eintritt Bulgariens in die Eurozone am 1. Januar 2026. Nun werden vorgezogene Neuwahlen für Anfang 2026 erwartet, während eine von Präsident Rumen Radev zu ernennende Übergangsregierung die Geschäfte weiterführt. BalkanInsight berichtet [hier](#). Die FAZ kommentiert die aktuellen Entwicklungen [hier](#).

Die Europäische Staatsanwaltschaft (EPPO) hat den ehemaligen Bürgermeister von Varna, Ivan Portnih (GERB-Partei) am 1. Dezember wegen Betrugs angeklagt. Er soll zusammen mit drei weiteren Personen gefälschte Dokumente und falsche Angaben genutzt haben, um 3,4 Millionen Euro an EU- und nationalen Fördermitteln für den angeblichen Wiederaufbau eines Fischereihafens zu erhalten, der aus Sicht der EPPO so nie existierte. Die Gruppe soll lediglich einige Pontons installiert haben, um den Ort als Hafen registrieren zu lassen. Der Schaden für den EU-Haushalt wird auf rund 2,8 Millionen Euro geschätzt. Portnih bestreitet die Vorwürfe. Bei einer Verurteilung drohen ihm bis zu acht Jahre Haft sowie ein Amtsverbot. Portnih war bereits zuvor in Umweltverfahren verwickelt und verlor 2023 die Bürgermeisterwahl an Blagomir Kotsev. BalkanInsight berichtet [hier](#).

Kotsev wiederum ist im Juli 2025 wegen Korruptionsvorwürfen festgenommen worden und wurde am 28. November nach fast sechs Monaten Haft gegen eine Kaution von rund 100.000

Euro freigelassen. Kotsev, Mitglied der Partei „We Continue the Change“, bestreitet die Vorwürfe. Hintergründe zum Fall finden Sie im [OA-Update Südosteuropa 06](#). Die Verhaftung hatte landesweite Proteste ausgelöst. Nun plant Kotsev, seine Arbeit als Bürgermeister wieder aufzunehmen. BalkanInsight berichtet [hier](#).

Kosovo

Kosovos Präsidentin Vjosa Osmani hat vorgezogene Parlamentswahlen für den 28. Dezember 2025 angekündigt, Zuvor war wiederholt und zuletzt in der Parlamentssitzung am 19. November die Bildung einer Regierung gescheitert. Glauk Konjufca, der zweite Kandidat der Regierungspartei Vetevendosje, erhielt in der Sitzung lediglich 56 der erforderlichen 61 Stimmen. Zuvor war bereits Parteichef Albin Kurti gescheitert. Die seit den Parlamentswahlen am 7. Februar andauernde politische Krise im Land führt zur Verzögerung wichtiger Entscheidungen wie die Ratifizierung internationale Abkommen im Umfang von rund 200 Millionen Euro, den Staatshaushalt für das kommende Jahr sowie Budgets für mehrere Gemeinden und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk RTK. European Western Balkans berichtet [hier](#).

Kroatien

Am 10. Dezember wurde der kroatische Ministerpräsident Andrej Plenkovic mit militärischen Ehren durch Bundeskanzler Friedrich Merz im Bundeskanzleramt in Berlin begrüßt. Man plane die Zusammenarbeit, darunter im Bereich der Verteidigung zu intensivieren. Mit diesen Entscheidungen wollen beide Staaten die europäische Sicherheitsarchitektur stärken, die NATO-Partnerschaft festigen und gemeinsam den Herausforderungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine begegnen. Zugleich unterstrichen sie die Notwendigkeit verlässlicher Sicherheitsgarantien für die Ukraine sowie die Bedeutung einer beschleunigten EU-Erweiterung, insbesondere für die Länder des Westlichen Balkans. Darüber hinaus streben Deutschland und Kroatien an, die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union zu fördern. Zudem wurde ein bilateraler Aktionsplan erneuert. Die Mitschrift der Pressenkonferenz finden Sie auf der Webseite des Bundeskanzleramtes [hier](#). Anlässlich des Besuches organisierte der Ost-Ausschuss gemeinsam mit der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), der Deutsch-Kroatischen Industrie- und Handelskammer (AHK Kroatien) sowie der Kroatischen Wirtschaftskammer (HGK) und mit Unterstützung der kroatischen Botschaft in Berlin einen Deutsch-Kroatischen Wirtschaftsdialog. Die Pressemitteilung dazu finden Sie [hier](#). Über die Veranstaltung berichten wir in der Rubrik Veranstaltungsnachlese.

Montenegro

Das montenegrinische Parlament hat Ende November Jovan Jovanovic als neuen Richter am Verfassungsgericht gewählt, während zwei weitere Kandidaten die erforderliche Mehrheit verfehlten. Damit wurde eine Blockade des Gerichts verhindert, jedoch bleibt das Gremium unvollständig. Die vollständige Besetzung des Verfassungsgerichts ist eine Verpflichtung Montenegros im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses. Die Wahl folgte auf eine politische Krise Ende 2024, als das Parlament einseitig das Mandat eines Richters beendete, was Bedenken hinsichtlich der Unabhängigkeit des Gerichts auslöste und zur Blockade der Parlamentsarbeit führte, die erst im März auf Vermittlung des EU-Botschafters in Montenegro aufgehoben wurde. Wir haben in unserem [Update Südosteuropa 03](#) berichtet. Teil der Vereinbarung war,

die Meinung der Venedig Kommission einzuholen, die im Juni vorlag und die Absetzung des Richters als verfassungswidrig einschätzte. European Western Balkans berichtet [hier](#).

Nordmazedonien

Im Prozess um die Brandkatastrophe im Pulse-Nachtclub in Kocani, bei der im März dieses Jahres 63 Menschen ums Leben kamen und über 200 Menschen verletzt wurden (siehe [OA-Update Südosteuropa 03](#)), plädieren alle 35 Angeklagten sowie drei Unternehmen am 2. Dezember auf unschuldig. Hauptangeklagter ist Clubbesitzer Dejan Jovanov, der jede Verantwortung für Sicherheitsmängel zurückweist und die Schuld der Band DNK zuschreibt, deren Pyrotechnik den Brand ausgelöst haben soll. Unter den Angeklagten befinden sich auch ehemalige Politiker, Inspektoren und Sicherheitskräfte, die wegen Korruption und Pflichtverletzungen angeklagt sind. Der Gerichtsprozess begann bereits im Juli (siehe [OA-Update Südosteuropa 05](#)). BalkanInsight berichtet [hier](#).

Serbien

Die serbische Ölgesellschaft NIS, die weiterhin mehrheitlich in russischem Besitz ist, hat am 2. Dezember verkündet, dass die Produktion in ihrer Raffinerie in Pancevo auf Grund fehlenden Rohöls eingestellt wurde. Grund dafür sind US-Sanktionen, die im Oktober vollständig in Kraft getreten sind (siehe [OA-Update Südosteuropa 08](#)). NIS versichert, dass die Versorgung des serbischen Marktes vorerst durch vorhandene Lagerbestände gesichert sei. Der serbische Präsident Aleksandar Vucic hat am 25. November den russischen Unternehmen Gazprom und Gazprom Neft eine 50-Tage-Frist gesetzt, um ihre Anteile am serbischen Ölkonzern NIS zu verkaufen. Sollte kein Käufer gefunden werden, will Serbien zunächst die Unternehmensführung übernehmen, eine Verstaatlichung solle aber möglichst vermieden werden. BalkanInsight berichtet [hier](#). European Western Balkans [hier](#).

Am 30. November fanden in den serbischen Gemeinden Mionica, Secanj und Negotin Kommunalwahlen statt. Die regierende Serbische Fortschrittspartei (SNS) blieb zwar stärkste Kraft, musste im Vergleich zu den Parlamentswahlen 2023 jedoch Verluste hinnehmen. Die Opposition konnte insbesondere in Mionica deutlich zulegen. Auch in Negotin, einer traditionellen Hochburg der SNS, sank die Unterstützung leicht. In Secanj muss die Wahl in einem Wahllokal aufgrund von Unregelmäßigkeiten wiederholt werden. Es kam zu verbalen Auseinandersetzungen sowie Angriffen auf Wahlbeobachter der Organisation CRTA. Zudem wurden Unregelmäßigkeiten gemeldet, darunter das Ausüben von Druck auf Wählerinnen und Wähler sowie das Fotografieren von Stimmzetteln. Präsident Aleksandar Vučić sprach dennoch von einem klaren Sieg seiner Partei. European Western Balkans berichtet [hier](#).

In Novi Sad kam es in der Nacht des 17. Novembers zu Zusammenstößen zwischen serbischen Polizeikräften und Demonstrierenden, als die Polizei einen Bus des Unternehmers Milomir Jacimovic beschlagnahmte. Jacimovic, der sich seit dem 10. November im Hungerstreik befindet, unterstützt seit Monaten die studentische Protestbewegung. Die Polizei begründete die Beschlagnahmung mit illegalem Parken und Sicherheitsmängeln. Demonstrierende berichten hingegen von Gewalt. Ein Student wurde verletzt und in Videos ist mutmaßliche Polizeibrutalität zu sehen. Die Protestbewegung fordert unter anderem Neuwahlen. Zudem kritisieren Medienverbände Übergriffe auf Journalisten, die seit August zugenommen haben. Das Innenministerium verteidigt das Vorgehen als gesetzeskonform. BalkanInsight berichtet [hier](#).

Slowenien

Bundeskanzler Friedrich Merz empfing am 28. November den slowenischen Ministerpräsidenten Robert Golob in Berlin. In einer Pressekonferenz sprachen sich beide für eine stärkere Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Russland aus und warnten vor einem unausgewogenen Friedensplan. Ein zentraler Punkt war dabei die Nutzung eingefrorener russischer Staatsvermögen als Druckmittel gegenüber Moskau. Zudem wollen beide Staaten die EU-Wettbewerbsfähigkeit durch Bürokratieabbau und Anpassungen des Finanzrahmens stärken. Die bilateralen Beziehungen sollen insbesondere in den Bereichen Automobilindustrie, Technologie und Verteidigung weiter ausgebaut werden. Beide Länder sehen sich als enge Partner innerhalb der EU. Die Mitschrift der Pressekonferenz finden Sie auf der Webseite der Bundesregierung [hier](#).

Ost-Ausschuss Handelszahlen Januar bis Oktober 2025

Der Ost-Ausschuss hat die aktuellen Handelszahlen bis Oktober 2025 für die 29 Länder seiner Region ausgewertet. Wir haben hier für Sie speziell die Zahlen für die Länder Südosteuropas zusammengestellt: Der Warenaustausch Deutschlands mit der Region erreichte in diesem Zeitraum ein Volumen von 83,2 Milliarden Euro und stieg damit um 5,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Statistiken zu allen 29 Ost-Ausschussländern finden Sie [hier](#).

Ursprungs- und Bestimmungsländer	Warenverkehr in Tsd. €		Dt. Einfuhr in Tsd. €		Dt. Ausfuhr in Tsd. €		Änderung in % gg. über Vorjahr		
	Jan-Okt 2025	Jan-Okt 2024	Jan-Okt 2025	Jan-Okt 2024	Jan-Okt 2025	Jan-Okt 2024	Einfuhr	Ausfuhr	Handelsumsatz
Rumänien	36.005.066	34.287.188	16.713.526	15.451.501	19.291.540	18.835.687	8,2	2,4	5,0
Slowenien	13.486.513	11.799.913	6.669.459	5.801.742	6.817.054	5.998.171	15,0	13,7	14,3
Bulgarien	10.558.943	10.559.018	5.245.552	5.587.178	5.313.391	4.971.840	-6,1	6,9	-0,0
Serbien	8.576.240	7.995.402	4.529.860	3.931.195	4.046.380	4.064.207	15,2	-0,4	7,3
Kroatien	7.453.280	6.770.292	2.349.840	2.035.356	5.103.440	4.734.936	15,5	7,8	10,1
Nordmazedonien	3.821.199	4.161.282	2.724.566	2.944.776	1.096.633	1.216.506	-7,5	-9,9	-8,2
Bosnien und Herzegowina	2.295.945	2.129.707	1.168.312	1.012.971	1.127.633	1.116.736	15,3	1,0	7,8
Albanien	587.495	567.015	200.206	181.919	387.289	385.096	10,1	0,6	3,6
Kosovo	456.317	423.647	93.781	81.569	362.536	342.078	15,0	6,0	7,7
Montenegro	220.385	204.862	22.853	27.799	197.532	177.063	-17,8	11,6	7,6
WB-6 Handel Gesamt	15.957.581	15.481.915	8.739.578	8.180.229	7.218.003	7.301.686	6,8	-1,1	3,1
SOE Handel Gesamt	83.240.998	78.693.464	39.695.102	37.028.207	43.545.896	41.665.257	7,2	4,5	5,8
Osteuropa Handel Gesamt	463.217.342	449.313.946	221.170.108	213.563.186	242.047.234	235.750.760	3,6	2,7	3,1
Deutscher Handel Gesamt	2.457.956.746	2.402.545.101	1.144.252.683	1.097.764.364	1.313.704.063	1.304.780.737	4,2	0,7	2,3

(C)opyright Statistisches Bundesamt (Destatis), 2025; Stand: 09.12.2025; Berechnungen des Ost-Ausschusses

Veranstaltungsrückblick

Drehscheibe zwischen Adria und Mitteleuropa: Deutsch-Kroatischer Wirtschaftsdialog

Der Deutsch-Kroatische Wirtschaftsdialog in Berlin, an dem Kroatiens Premierminister Andrej Plenković mit weiteren Ministern teilnahm, lotete am 10. Dezember den Raum für eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern aus. Organisiert vom Ost-Ausschuss gemeinsam mit der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), der Deutsch-Kroatischen Industrie- und Handelskammer (AHK Kroatien) sowie der Kroatischen Wirtschaftskammer (HGK) und Unterstützung der kroatischen Botschaft in Berlin brachte die Veranstaltung hochrangige Vertreter aus Politik und Wirtschaft beider Länder zusammen. [Hier](#) geht es zum Bericht und [hier](#) zum Post auf LinkedIn.

Vierte Sitzung des Arbeitskreises Südosteuropa

Am 3. Dezember lud der Ost-Ausschuss zur vierten und letzten Sitzung des Arbeitskreises Südosteuropa in diesem Jahr ein. Christoph Beeck, Sprecher des Arbeitskreises Südosteuropa und Mitglied des Vorstands der ProCredit Holding AG, eröffnete die Sitzung mit einem Blick auf aktuelle Ereignisse. So stehen in Kosovo am 28. Dezember vorgezogenen Neuwahlen zum Parlament an, nachdem die Regierungsbildung im Nachgang der Parlamentswahlen am 7. Februar wiederholt gescheitert war. In Rumänien wurde das dritte Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des hohen Haushaltsdefizits beschlossen. In Bulgarien steht am 1. Januar die Einführung des Euro an. In beiden Ländern stoßen die Maßnahmen der Regierung auf Protest in der Bevölkerung. Welche Auswirkungen die US-Sanktionen gegen Gazprom Neft für Serbien

und zuletzt gegen Lukoil für Rumänien und Bulgarien haben, war ebenso Gegenstand des Austausches wie aktuelle Entwicklungen in den anderen Ländern der Region. Den ausführlichen Bericht finden Sie auf unserer Webseite [hier](#) und [hier](#) geht es zum Post von Anja Quiring auf LinkedIn.

Deutsch-Rumänisch-Moldauische Wirtschaftskonferenz

Über 300 Teilnehmende kamen am 27. November zur 3. Deutsch-Rumänisch-Moldauischen Wirtschaftskonferenz ins Stuttgarter Haus der Wirtschaft. In zahlreichen Keynotes und vier Fachpanels standen unter hochrangiger Vertretung aus Politik und Wirtschaft die Themen Nearshoring, Energie, Innovation und Sicherheit im Mittelpunkt. Veranstaltet wurde die Konferenz von der AHK Rumänien und dem Ost-Ausschuss in Kooperation mit der Landesregierung Baden-Württemberg. Die Konferenz leistete einen wertvollen Beitrag dazu, dass diese Zusammenarbeit sich weiter intensiviert und Länder wie Rumänien und Moldau nicht mehr nur als verlängerte Werkbank mit günstigen Arbeitskräften, sondern auch als Partner für Forschung und Entwicklung wahrgenommen werden. Den ausführlichen Bericht finden Sie auf unserer Webseite [hier](#).

Besuch des bulgarischen Ministers für e-Government

Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms und Anja Quiring, Regionaldirektorin Südosteuropa des Ost-Ausschusses, begrüßten am 17. November den bulgarischen Minister für E-Government Valentin Mundrov in Berlin. Anlass des Besuches war der von Deutschland und Frankreich initiierte Gipfel zur Europäischen digitalen Souveränität.

Kommende Veranstaltungen

- **11. Februar 2026: Sitzung des Arbeitskreises Südosteuropa des Ost-Ausschusses**, 09:30 - 11:00 Uhr (Online). Die Einladung zur Sitzung erhalten unsere Mitgliedsunternehmen rechtzeitig vor der Sitzung. *Nur für Mitglieder.*
- **Save the Date: 12. Mai 2026: German-Macedonian Business Summit**; Veranstaltung der AHK Nordmazedonien mit Unterstützung des OA, Skopje. Weitere Informationen folgen.
- **Save the Date: 19.–20. Mai 2026: 12. Einkaufsinitiative Westbalkan** des Bundesverbandes für Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik (BME) mit Unterstützung des OA, Dortmund. Weitere Informationen folgen.
- **Save the Date: 28. Mai 2026: Burgas Connectivity Forum**, Burgas; eine Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung Bulgarien mit Unterstützung des OA.

Weitere Informationen zu diesen und weiteren Veranstaltungen zu den Ländern der Region sind in Planung. Wir halten Sie über die Ankündigungen auf unserer Website oder als Mitglied direkt per Rundschreiben auf dem Laufenden.

Projekte

- Vom **20. bis 24. April 2026** führt die DE International DOOEL Skopje (AHK Nordmazedonien), im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE), eine **Markterkundung nach Nordmazedonien und Albanien** durch. Es handelt sich dabei um eine projektbezogene Fördermaßnahme im Rahmen des Markterschließungsprogramms für KMU. Zielgruppe sind vorwiegend kleine und mittlere deutsche Unternehmen aus der Tourismusbranche. [Markterkundungsreise Tourismuswirtschaft 2026 – Nordmazedonien & Albanien 20.–24. April 2026](#)
- **Save the Date: 3. bis 6. Juni 2026: Hemus Messe in Plovdiv in Bulgarien**
Die Messe HEMUS 2026 (<https://www.hemusbg.org/en>) markiert einen bedeutenden Schritt in der internationalen Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit – und erstmals wird es dort einen German Pavillon geben. Deutsche Unternehmen erhalten die Gelegenheit, sich gemeinsam unter dem Dach „Made in Germany“ zu präsentieren, ihre Innovationen zu zeigen und wertvolle Geschäftskontakte in Südosteuropa und darüber hinaus zu knüpfen. Der offizielle Durchführer des German Pavillons ist die AHK Bulgarien. Interessierte Unternehmen sind eingeladen, sich bei Fr. Kremena Valcheva (kremena.valcheva@ahk.bg) zu melden, um Teil dieses Projekts zu werden und sich einen Platz im ersten German Pavillon auf der HEMUS 2026 zu sichern.

Tipps & Links

Aktuelles aus der Südosteuropa Gesellschaft

- Die **Jahrestagung** der SOG findet am 27. und 28. Februar 2026 in Regensburg statt.
- Gern weisen wir auf die anstehenden Folgen des **Podcast** der SOG „**Südostwärts**“ hin, die sich jeweils mit dem Friedensprozess in der Türkei und der anstehenden Ratspräsidentschaft Zyperns befassen werden. Die aktuellen Folgen des Podcast finden Sie [hier](#).
- Anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens von Dayton vor 30 Jahren hat die SOG in Kooperation mit der Gesellschaft für Außenpolitik und der Association for Diplomatic Studies and Training am 19. November in München eine **Veranstaltung** mit dem Titel „**30 Jahre Dayton - Frieden ohne Zukunft?**“ organisiert.
Die Aufzeichnung der Veranstaltung finden Sie auf YouTube [hier](#).
- Anlässlich der anstehenden Parlamentswahlen in Kosovo am Ende Dezember 2025 plant die SOG am 12. Januar 2026, von 16:30- 18:00 Uhr. eine **Online-Veranstaltung** zur Nachbetrachtung. [Hier](#) können Sie sich für die Veranstaltung registrieren.

Weitere Informationen zu den Veranstaltungen sowie die Möglichkeit den Newsletter zu abonnieren oder auch die wöchentlich erscheinende Presseschau zu Südosteuropa, finden Sie auf der Website der SOG [hier](#).

- Der Foreign Investors Council Serbia hat ihr **White Book 2025** vorgelegt. Das White Book bündelt Empfehlungen zur Verbesserung des Geschäftsklimas in Serbien. Sie können es auf der Website des FIC Serbia [hier](#) herunterladen.

- BalkanInsight hat [hier](#) zum 30. Jahrestag des Dayton-Abkommens am 21. November einen Artikel mit dem Titel „**Bosnia’s Peace Deal Still Shapes Lives Marked by War**“ veröffentlicht.
- Germany Trade & Invest (GTAI) hat ein Special zum Thema „**Start-ups machen Serbien als Innovationspartner interessant**“ veröffentlicht. Der GTAI-Korrespondent aus Belgrad berichtet [hier](#).
- Frisch erschienen sind auch der [Wirtschaftsausblick Bosnien und Herzegowina](#) sowie der [Wirtschaftsausblick Serbien](#). Beide finden Sie auf der Seite der GTAI.
- Der Regional Cooperation Council hat seine **Securimeter Umfrage 2025** veröffentlicht. In den Ländern des Westlichen Balkans wurden insgesamt 6007 Personen im Zeitraum vom 30. Mai bis zum 18. Juni 2025 zu Sicherheitsthemen befragt. Die wichtigsten Umfrageergebnisse finden Sie auf der Webseite des RCC [hier](#) und der vollständige Bericht kann [hier](#) heruntergeladen werden.
- Das German Economic Team (GET) hat im November ein **Policy Briefing** mit dem Titel „**Improving the Business Climate – Boosting Investment Selected Recommendations from Foreign Investors in North Macedonia**“ veröffentlicht. Das Briefing finden Sie [hier](#).
- Ebenfalls frisch veröffentlicht, finden Sie den neuen Wirtschaftsausblick Nordmazedonien des GET [hier](#).

Wichtige Quellen mit **aktuellen Informationen** zu den letzten Entwicklungen rund um die einzelnen Länder Südosteuropas sind die Seiten der Auslandshandelskammern und bilateralen Wirtschaftsvereinigungen:

- [Deutsch-Bulgarische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Bosnien und Herzegowina](#)
- [Deutsch-Kroatische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Kosovarisch-Deutsche Wirtschaftsvereinigung \(KDWV\)](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Nordmazedonien](#)
- [Deutsch-Serbische Wirtschaftskammer](#)
- [Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Deutsch-Slowenische Industrie- und Handelskammer](#)

Weitere **Informationen** zur Arbeit des Ost-Ausschusses und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), [LinkedIn](#), [Instagram](#) und [Facebook](#).

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge und Informationen+++

Sie möchten Mitglied im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft werden? Dann haben wir eine gute Nachricht für Sie! Denn dieses Angebot steht allen deutschen Unternehmen sowie deutschen Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen offen. Der Ost-Ausschuss öffnet Ihnen die Türen zu den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie Zentralasiens, auf die fast ein Fünftel des deutschen Außenhandels entfällt. Der Ost-Ausschuss bietet Ihnen regionale Arbeits- und Informationskreise, spannende Projekte wie die Unternehmensplattform Grüne Transformation und den Service Desk Ukraine sowie weit über 100 Fachveranstaltungen im Jahr.

Wir bieten Ihnen nicht nur aktuelle und teils exklusive Länder- und Brancheninformationen, sondern wir unterstützen Sie auch aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilaterale Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in die Region. Als Mitglied profitieren Sie von unseren engen Kontakten zur Bundesregierung und den Regierungen unserer Zielländer. Und das Beste: Eine Mitgliedschaft ist günstiger, als Sie denken, und zahlt sich schnell aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerks in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! [Hier](#) finden Sie weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft.

Kontakt



Anja Quiring

Regionaldirektorin Südosteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

T. +49 30 206167-130

a.quiring@oa-ev.de



Kathrin Enzenhofer

Assistentin der Regionaldirektion Südosteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

T. +49 30 206167-131

k.enzenhofer@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ■ Vernetzen ■ Handeln



Pressekontakt:

Andreas Metz | Leiter Public Affairs
A.Metz@oa-ev.de
T. +49 30 206167-120
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de

@OstAusschuss

